

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Bezugspreise:  
Einzelnummer 25 Pf. Durch Postträger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat.  
Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Verlagsadresse: No. 22225  
„Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Bezugspreise: Die Schlesiens-Rücknummeren über deren Nummern 030 Mk. anwärts 0,90 Mk.  
Wochen- und Monatsbezüge, Samstagsausgaben, Besondere und Besondere-Ausgaben 0,40 Mk.  
Wochensatz: Die Rücknummeren, bezugslos über deren Nummern im 1. Teil 2. — Mk.

## Die Entscheidung in Livorno!

## Oberschlesien und die internationale Lage.

### Die kommunistische Partei Italiens gegründet. Spaltung in Livorno.

Livorno, 21. Januar. Die endgültigen Ergebnisse der Abstimmung lauteten nach der letzten Sitzung:  
Unitaria (Einheitskommunisten) . . . 98 000 Stimmen  
Kommunisten . . . . . 59 700  
Reformisten . . . . . 14 000

Darauf erklärt Bordiga im Namen der Kommunisten, daß seine Freunde aus der Partei austreten und die kommunistische Partei Italiens (Sektion der Kommunistischen Internationale) gründen. Unmittelbar darauf verlassen die Kommunisten den Theatersaal, in dem der Kongreß tagt, um einen neuen Kongreß abzuhalten.

Den Vorsitz führt Genosse Stabalkschiew (Bulgarien), der im Namen der Dritten Internationale die neue kommunistische Partei Italiens willkommen heißt: Nach Begrüßungsansprachen der Schweizerischen, norwegischen und englischen Delegierten konstituiert sich der Kongreß als K. P. Italiens, bekräftigt die provisorischen Statuten und beschließt, sobald als möglich einen neuen Kongreß einzuberufen. Es wird ein Exekutivkomitee, bestehend aus den Genossen Terracini, Bordiga, Neposki, Fortichiani gewählt.

Sodann wird der Kongreß unter dem Gesang der Internationale aufgelöst.

### Die italienischen Lehrer für die Dritte Internationale.

Mailand, 14. Januar. In Modena tagte vom 9. bis 11. Januar der Kongreß der italienischen Lehrgewerkschaften. Der Kongreß beschloß die Gründung einer Internationale der Lehrer und den Anschluß derselben an die Dritte Internationale. Der Beschluß bedeutet, daß die große Mehrzahl der Lehrer Italiens denselben Weg betritt, den die französischen Lehrer schon früher gewählt haben. Die französische Lehrgewerkschaft steht bekanntlich schon seit längerer Zeit auf dem Boden der Dritten Internationale.

### Polen und Rumänien rüsten.

Bukarest, 21. Januar. General Paller, der Vertrauensmann der schwarzen Reaktion in Polen und Frankreich, ist in Bukarest angekommen, um dort mit den polnischen und rumänischen Kreisen über das gemeinsame Vorgehen gegen Sowjet-Rußland zu verhandeln. Paller hatte lange Konferenzen mit Late Jonsescu, dem rumänischen Außenminister. Die rumänische Presse veröffentlicht jetzt fortwährend kriegerische Aufsätze gegen Sowjet-Rußland.

### Die Gärung in Polen.

„Kosta Wien“. Warschau, 21. Januar. Die Unzufriedenheit in Polen ist anlässlich der ökonomischen Krisis täglich im Wachsen begriffen. Staatsangestellte, Arbeiter, alle treten mit Forderungen wirtschaftlichen Charakters heran und drohen im Nichterfüllungsfalle mit Streik. In Warschau hat ein Kongreß der professionellen Verbände stattgefunden, auf dem die Kommunisten ihren Einfluß stark geltend machten. Die Mehrheit der Kongreßdelegierten forderte die sofortige Streikverkündung, ohne den Erfolg der Verhandlungen mit der Regierung abzuwarten.

### Polen, die französische Kolonie.

Warschau, 16. Januar. „Kosta Wien.“  
Zwischen Polen und Frankreich wird ein Handelsvertrag geschlossen, nach welchem Polen sich verpflichtet, neben Rohwolle, einem sehr großen Posten Seide, und außerdem andere Luxusgüter aus Frankreich einzuführen. Polen zahlt mit Zucker (1500 Tonnen).

### Vor einem Generalstreik in England?

Die Vertrauensmänner der „Labour Party“ und der „Trade Union“ haben sich gestern versammelt, um der Beratung des Verichts der Erwerbslosenfrage beizuwohnen und um über die zu ergreifenden Maßnahmen zu beraten. Dem nächsten Woche tagenden Kongreß werden folgende Hauptpunkte unterbreitet werden:  
Die Einführung der 44-Stundenwoche, die Gewährung einer Unterstützung an Arbeitslose von zwei Pfund Sterling in der Woche, die Beibehaltung der vor den Wirtschaften aufgestellten Lohnsätze sowie die sofortige

Aufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland und die Anerkennung der Sowjets.

Für den Fall, daß die Regierung diesen Forderungen binnen einer Woche nicht entspreche, wird mit dem Generalstreik gedroht. Der Vollzugsausschuß der Bergleute wird sich ebenfalls versammeln, um über seine Haltung auf dem Kongreß schlüssig zu werden.

### Die Lügen und Verleumdungen über Sowjet-Rußland.

Riga, 20. Januar. „Kosta Wien“. Tschilsherin drahtet heute: Der Lügenfeldzug über unsere angeblichen aggressiven Absichten gegenüber den Nachbarstaaten wird immer unbändiger. Wir vermögen ihm gegenüber nicht gleichgültig zu bleiben, weil das wahre Ziel der Aufhebung unserer Nachbarvölker immer sichtbar wird. Die letzten Radiomeldungen amerikanischer Korrespondenten sprechen von einer angeblich ersten Gefahr seitens der Bolschewiki für unsere Nachbarstaaten und von der Bereitwilligkeit Frankreichs, aus diesem Grunde die Selbständigkeit Lettlands und Estlands anzuerkennen; letzteres können auch wir unsererseits nur begrüßen. Auch der „Temps“ teilt aus offiziellen französischen Quellen mit, daß der Selbständigkeit Lettlands Gefahr seitens der Bolschewiki drohe. Im gleichen Sinne berichtet die französische Militärmission aus Riga. Bei diesen lügenhaften Nachrichten berufen sich die amerikanischen Korrespondenten auf den Vorsteher der amerikanischen „Kreuz-Mission“ in Riga, Oberst Rajan, der als schlimmster Feind der Sowjetregierung und als ständiger Urheber verleumderischer Mitteilungen bekannt ist. Dieser Verleumdungsfeldzug geht augenscheinlich aus dem Versuch Frankreichs her, die Anknüpfung dauerhafter, freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und seinen Nachbarn zu verhindern und die ökonomische Annäherung zu stören. Dieser Feldzug ist jedoch gegen die Lebensinteressen der baltischen Staaten gerichtet, deren Wohl wir durch die Entwicklung gesunder wirtschaftlicher Beziehungen fördern wollen. Erhebt Protest gegen dieses hochhastige Vorgehen, welches französischen Quellen entstammt und erklärt kategorisch, daß der verleumderische Feldzug auf hochhaften Erfindungen beruht und nicht nur Sowjet-Rußland, sondern auch den baltischen Staaten zum Nachteil gereicht. Weist hin auf das Vorkommen von Aufgaben des friedlichen Aufbaues im gegenwärtigen Sowjet-Rußland und auf den Charakter des VIII. Sowjetkongresses, der ausschließlich diesen Aufgaben gewidmet war.

Bekanntlich der Truppenbewegung, durch welche solche verleumderische Nachrichten veranlaßt werden, ist der Sachverhalt folgender: Während der militärischen Aktionen gegen Polen und Wrangel wurden Truppen in gewissen Richtungen konzentriert. Gegenwärtig, mit dem Uebergang zum Friedenszustand, beginnt die Demobilisierung, die jedoch nur allmählich durchgeführt werden kann, wobei noch nicht demobilisierte Abteilungen augenblicklich territorial dezentriert und gleichmäßig verteilt werden. Aus diesen Gründen erschienen in der Nähe des Dnjeper Truppenabteilungen, die wo her nicht dort gewesen waren. Sie werden für den Winter in der Südwest-Ukraine einquartiert. Durch diese Dezentrierung und gleichmäßige Verteilung aus friedlichen Gründen werden diejenigen Truppenverschiebungen erklärt, welche von den Verleumdern verleumderischer Mitteilungen zwecks Aufhebung unserer friedlichen Nachbarstaaten gegen uns ausgeht werden. Betont den höchst hochhastigen Charakter dieser Intrigue des französischen Imperialismus und hebt nochmals unseren unveränderten heißen Wunsch hervor, die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Annäherung an unsere Nachbarn zu fördern.

### Erhöhung der Postgebühren.

#### 60 Pfennige ein Brief.

Der Verkehrsbeirat im Reichspostministerium hat beschlossen, von dem für 1921 errechneten Defizit der Post im Betrage von 4 Milliarden durch Erhöhung der Postgebühren 2 Milliarden zu decken. Briefe bis 20 Gramm sollen 60 Pf., Postkarten 40 Pf., Telegramme mindestens 3 Mk. kosten.

Außerdem denkt man Ersparungen (?) zu machen, durch Einschränkung des Personalbestandes. Richtiger müsste es heißen: man denkt das Personal von „unruhigen Elementen“ zu säubern.

K. B. Die obereschlesische Frage ist eine der Fragen, in der der hohe Rat der Vierten nicht zu einer Lösung gekommen ist. In Versailles wurde über die Frage nicht entschieden, wie sie wirklich steht: ob Polen durch die Überleitung Oberschlesiens erst zu einem lebensfähigen modernen kapitalistischen Staat werden und dadurch der deutsche Kapitalismus seiner unabhängigen Lebensfähigkeit fast ganz beraubt werden soll oder nicht. Die im Friedensvertrag vorgesehene Abstimmung ist keine Lösung dieser Frage, sondern die Verschiebung der Entscheidung.

Die letzte Entscheidung in der obereschlesischen Frage wird auch nicht gefällt werden durch die polnischen oder deutschen Stimmzettel. Fällt sie nicht über kurz oder lang im proletarisch-internationalen Sinne durch den Sieg der Revolution in Polen und Deutschland, dann wird sie vorläufig fallen in einem hart auf hart gehenden Kampfe zwischen der deutschen und polnischen Bourgeoisie.

Aber die Entscheidung in der obereschlesischen Frage hängt nicht allein, ja am wenigsten von dem militärischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis zwischen Polen und Deutschland ab. Ausschlaggebend für sie ist vielmehr die internationale Situation.

Die obereschlesische Frage kann nicht für sich entschieden werden, sondern nur im Zusammenhang mit all den ungelösten ost- und mitteleuropäischen Fragen, in deren Mittelpunkt heute die Frage der Vernichtung Räte-Rußlands steht. Es ist schon oft gesagt, daß die internationale Gegenrevolution zwar darin einig ist, daß Räte-Rußland beseitigt werden muß, aber nicht über die dabei einzuschlagenden Wege. Ebenso ist es selbstverständlich bei den ost- und mitteleuropäischen Fragen, die latent geblieben sind und wieder akut werden müssen, wenn in Europa die Frage der Existenz Räte-Rußlands von neuem zur Entscheidung gestellt wird.

Die Frage Räte-Rußlands ist heute ohne Zweifel vor ein Entweder — Oder gestellt, das für längere Zeit bestimmend sein wird. Die Frage steht: entweder nimmt die oberste Heeresleitung der Weltgegenrevolution, die Regierungen der Entente, das Friedensangebot der russischen Genossen ehrlich an, indem sie einen Vertrag abschließt über die Aufnahme solcher politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußland auf sozialistischer Grundlage fördern — oder die Entente rüstet zu einem neuen Krieg gegen Räte-Rußland, der ein Generalaufmarsch auf beiden Seiten und eine Generalschlacht werden muß, nach dem eine solche Reihe von Feldzügen bis zum Angriff der Polen im vorigen Jahre nicht das einzige, allen vorwiegende Ziel, die Vernichtung der Räteregierung, erreicht haben und deshalb trotz aller „Sieg“ Niederlagen geblieben sind. Wir brauchen hier nicht auseinander zu setzen, weshalb die Entente und die ganze Weltrevolution nicht den ersten Weg, einen ehrlichen Frieden mit Räte-Rußland beschreiten können. Wir brauchen auch nicht noch einmal beweisen, daß die Gegenrevolution in Frankreich, England, Polen, Ungarn, Deutschland usw. tatsächlich zu einem neuen Krieg gegen Räte-Rußland, großzügiger denn je, rüstet.

Glücklicherweise sind sie sich auch diesmal nur einig über das Endziel, die Vernichtung der Räteherrschaft, aber nicht über das wie. Und bei dem wie spielt die Frage: wem soll Oberschlesien gehören? eine große Rolle. Es ist die Frage, ob die deutsche Gegenrevolution die Möglichkeit bekommt, bei dem kommenden Krieg gegen Räte-Rußland eine aktive militärische Rolle zu spielen oder nicht, deren Ausfall entscheidend sein wird für das Schicksal Oberschlesiens solange es sich zwischen Scilla und Charibdis, zwischen der Beherrschung von der deutschen oder polnischen Bourgeoisie bewegt.

Das Polen der Schlachtpferde ist der auserkorene Hühnerhund der einflussreichen französischen Militärs und Rentner von Zarenanleihen. Diese wollen Polen Märker machen auf Kosten Deutschlands und unterstützen deshalb selbstverständlich auch Polens Wünsche in Bezug auf Oberschlesien. Deutschland wollen sie so entwaffnen, daß es keine aktive Politik im nächsten Krieg gegen Räte-Rußland spielen kann und wehrlos der Durchfuhr französischer Truppen, Munition und Waffen gegenübersteht.

In England, Italien und auch in Frankreich sind aber gleichzeitig auch starke Strömungen vorhanden, die eine starke deutsche Gegenrevolution als zweite Reservefront hinter Polen erhalten möchten, angesichts der nahegelegenen Möglichkeit, daß die Front des wirtschaftlich und politisch heute mehr denn je zerrütteten weißen Polens von dem roten Truppen geschlossen werden könnte. Diese Strömungen finden ein leb-







## Die unschuldige Orgeſch.

Der Heimatschutzverband teilt durch seinen Rechner-  
treter der bürgerlichen Preſſe zu der Waldenburger Ange-  
legenheit folgendes mit:

Sämtliche verhafteten Mitglieder des Heimatschutzver-  
bandes verfaſſungstreuer Schlefier ſind wieder aus der  
Haft entlaſſen worden. Der Ankläger des Berliner  
Sonbergerichts hat alle Angeſchuldigten noch einmal ein-  
gehend vernommen, auch die Zeugen gehört und iſt zu dem  
Ergebnis gekommen, daß gegen die Beſchuldigten nicht das  
geringſte Strafwürdige vorliegt. Wenn man auch in den  
Kreiſen des Heimatschutzverbandes verfaſſungstreuer Schlefier  
wie mit einem anderen Reſultat der Unterſuchungen ge-  
rechnet hätte, da der Heimatschutzverband durchaus auf  
dem Boden der Verfaſſung und des Rechtes fußt, ſo be-  
grüßen es die Mitglieder des Heimatschutzverbandes ver-  
faſſungstreuer Schlefier doch, daß auf dieſe Weiſe die  
Lauterkeit ihrer Beſtrebung erneut erwieſen iſt.

Das von uns vorausgeſagte iſt vollſtändig eingetroffen.  
Orgeſchleute ſind ſchuldlos erklärt, „nicht das geringſte Straf-  
würdige liegt vor“. Was aber ſagen die Arbeiter dazu?  
Werden ſie ruhig zusehen, wie die Geſellſchaft ihnen wieder  
auf den Hals geſchickt wird.

## Die Orgeſchjuſtiz.

Die deutſche Juſtiz arbeitet.

Vor dem Regensburger ſogenannten Volksgericht  
wurde der Kommuniſt Bloch wegen „Aufreizung zum Klassen-  
haß“ zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Bloch iſt ſchon  
vorher in München zu einem Jahr und ſechs Monaten ver-  
urteilt worden.

In Waldenburg in Schlefien aber werden die Führer  
der Orgeſch aus der Haft entlaſſen.

Was ſind dieſe Richter anders als Schergen der Orgeſch?  
Es braucht niemand das Proletariat zum Klagen zu auf-  
reizen. Dieſe Herren Richter tun es ſelber, indem ſie dem  
Proletariat zeigen, daß ihr Recht, ihre Gerechtigkeit nur der  
Gewalt der Bourgeoiſie dient.

## Braunſchweig für die Forderungen der Arbeitsloſen.

Der Landtag beſchloß geſtern den Antrag des ſowje-  
tischen Abgeordneten Riſſe, der eine Herabſetzung der  
Löhne der Unterſtagung für die ganze Dauer der Arbeits-  
loſigkeit und Wirtschaftsbewilligung in Höhe von 400 bzw.  
300 Mark fordert, der Reichsregierung zu übermitteln und  
mit Nachdruck für die Erfüllung der in Form eines Minimums  
an den Mannschaften im Vertrag von den Arbeitsloſen  
geforderten Forderungen einzutreten.

## Ausland.

### Sie finden ſich.

#### Verlängerung der Entwaffnungsfrist.

Baſel, 22. Januar. „Echo de Paris“ berichtet, daß  
auf der ſchweizeriſchen Unterſtagung, die am 24. Januar be-  
ginnt, die Deutſchland geſuchte Friſt zur vollſtändigen Ent-  
waffnung nochmals bis 30. Mai verlängert wird. Der  
„Matin“ meldet, daß das neue franzöſiſche Gebot für die  
den Vertrag mit Deutſchland eingetragenen Waffen  
habe. Es habe die Abgabe von Waffen gegen Deutſchland  
bis zum Abſchluß der Brünſter Verhandlungen mit den  
Deutſchen, die am 1. Februar beginnen ſollen, zu verzögern.

#### Das Echo der engliſchen Preſſe auf Briand's Regierungserklärung.

„Daily News“ berichten, der franzöſiſche Außenminiſter  
habe wenig geſagt. Was denn? George nicht auch im Unter-  
handlung geführt haben würde. Es ſei ſehr ungewiß, ob  
die in der nächſten Woche stattfindende Konferenz in Gen-  
ève aufzuſetzen werde, in deren die guten Verſtändnisse  
England und Frankreich für Augenblicke gewonnen ſein würden.  
Kein Problem werde noch jedoch ergeben, bei dem ein prak-  
tiſches Ausgleichen unmöglich ſei. Lloyd George und Briand  
würden die ſeltene Gelegenheit haben, das Hand, das die  
beiden Länder verknüpfte, zu ſtärken. „Morning Post“  
ſchreibt, Frankreich nehme den britiſchen Standpunkt an, daß  
die Entloſung Deutſchlands nicht allmählich, ſondern ſofort  
ſich gehen müſſe, da beide Länder Erfahrungen mit der  
hoſchweizeriſchen Geſellſchaft gemacht hätten und ſich  
geographiſch den ſowjetruſſiſchen Einflüſſen zugänglich ſei.

Es beſtehe guter Grund für die Befürchtung Deutſch-  
lands beſtünde der ſowjetruſſiſchen Tätigkeit in Deutſchland.  
Daher könne man nicht von der deutſchen Regierung erwarten,  
daß ſie ſofort eine dringende Entwaffnung annehme. Was  
die Reparationsfrage betreffe, ſeien trotz aller Klammeln  
Deutſchland und Frankreich der Einigung näher als je ſeit  
Unterſchreibung des Friedensvertrages. Der politiſche Mit-  
arbeiter des „Daily Chronicle“ ſchreibt, die Ausſichten für  
die Regelung der Reparationsfrage wurden als günſtig an-  
geſehen. Die Amerikaner hätten nichts dagegen, daß gewiſſe  
Zahlungen in Waren auf die Schuld des Deutſchlands in  
Anrechnung gebracht werden. Dies bedeute keineswegs, daß  
die ſowjetruſſiſchen Reparationen Deutſchlands die in Waren  
angenommen werden könnten, oder daß keine Geldzahlungen  
hinausgehen ſollten. Ueber dieſe Frage werde man noch in  
Paris beraten.

#### Die Sowjetregierung nimmt England beim Wort.

Moſkau, 16. Januar. In einer längeren zweiten  
Note Schufjerins an Curzon heißt es:  
Wir haben Ihre Telegramm vom 7. Januar erhalten,  
in welchem Sie verlangen, die Verantwortung für die letzten  
Verzögerungen der Verhandlungen mit Rußland auf die  
Handlungen von der britiſchen Regierung zu verlegen.

# Für die proletariſche Einheitsfront.

## In Jena die S. P. D. für den Offenen Brief.

Am Freitag, den 21. Januar, beſchäftigte ſich in Jena  
eine öffentliche Verſammlung mit der proletariſchen Einheits-  
front. Die Verſammlung war von 3000 Arbeitern und An-  
geſtellten, darunter mindestens 1800 Mitglieder der S. P. D.,  
beſucht. Genoffe Karl Erlinger referierte über das Thema:  
„Die Lebensnotwendigkeiten des Proletariats und der Offene  
Brief der S. P. D.“ In der Diſkuſſion ſagte der offizielle  
Vertreter der S. P. D.: Die Zentrale der S. P. D. hat mit  
der Ablehnung einen Fehler gemacht. Das iſt darauf zurück-  
zuführen, daß in der S. P. D. die Parteibürokratie ſehr ſtark  
iſt. Die S. P. D.-Mitglieder haben die Pflicht, gegen die  
Stellung ihrer zentralen Körperſchaften Front zu machen. Ein  
Gewerkschaftsvertreter (S. P. D.) erklärte die Forderungen des  
Offenen Briefes für geeignet, als Grundlage der einheitlichen  
Aktion. Die U. S. P. D. dagegen erklärte ſich gegen den  
Offenen Brief.

Gegen nur 50 Stimmen wurde eine Entſcheidung an-  
genommen, in der ſich die ganze Verſammlung auf den Boden  
des Offenen Briefes ſtellte und alle proletariſchen Organi-  
ſationen aufforderte, die nötigen Schritte einzuleiten, um die  
notwendige Aktion geſchloſſen durchzuführen.

## Die oſtpreuſſiſchen Gewerkschaften.

Die Vertreter der oſtpreuſſiſchen Gewerkschaften trafen  
am 16. Januar in Königsberg. Berndt (U. S. P. D.) be-  
tonte die Notwendigkeit, daß ſich die Gewerkschaften reiflos  
auf den Boden des Klassenkampfes ſtellen und möglichſt ſchnell  
zu Industrieverbänden und zur Einheitsorganisation kommen  
müßten. Bormann (U. S. P. D.) ſagte:

Der größte Fehler iſt die Jaſſelſung der Arbeitermaſſen  
untereinander. Wir dürfen keine Zeit vorübergehen laſſen.  
Es kann mit Vorſtellung, daß eine allgemeine Aktion, ob-

Die ruſſiſche Regierung iſt gezwungen, bei der Behandlung  
zu bleiben, daß die Verantwortung für die Erfolgloſigkeit  
der Verhandlungen vollſtändig auf Seiten der britiſchen Re-  
gierung liegt.

Die ruſſiſche Regierung hat wiederholt erklärt, daß ſie  
bei ihrer in der Note vom 7. Juli niedergelegten Entſcheidung  
verbleibt und daß ſie bereit ſei, bei Abſchluß des Handels-  
abkommens das in den Noten vom Juni — Juli enthaltene  
Uebereinkommen Wort für Wort zu wiederholen, daß ſie  
aber keine Gründe für Erweichungen dieses Uebereinkommens  
ſieht, welche ganz einheitlich gegen Rußland gerichtet ſind.

Wir hoffen, daß die britiſche Regierung es nicht an-  
nehmen wird, einen Bruch der Verhandlungen mit Rußland  
herbeizuführen, indem ſie von dem zwischen beiden Regierungen  
ſchon zuſammengekommenen Uebereinkommen abweicht. Rußland  
ſelber hat keinen aufrichtigeren Wunsch, als Handel und  
Frieden mit Großbritannien.

## Engliſch-amerikanische Spannung.

Sämtliche kampffähigen Geſchwader der engliſchen  
Kriegsflotte ſind geſtern aus Portland nach den japaniſchen  
Gewäſſern in See gegangen. Dieſe Flottendemonſtration,  
die die größte ſeit 1914 ſein ſoll, iſt eine Gegenaktion gegen  
den Zuſammenzug der amerikaniſchen Hochſeeſlotte im Stillen  
Ozean der gegen Japan gerichtet iſt. Die japaniſch-ameri-  
kaniſche Neutralität in Sibirien hat ſich in der letzten Zeit  
wieder verſchärft, daß Japan ſich auf dem oſtasiatiſchen Feſt-  
land immer mehr feſtſetzt, daß andererseits die Verhältniſſe in  
Sibirien Amerika Konzeſſionen anbietet; ſie hat ſich in den  
letzten Tagen zuſätzlich durch die Entsendung eines ameri-  
kaniſchen Offiziers in Wladivostok durch eine japaniſche  
Sanktions- für die Amerika Sühne verlangt.

England ſtellt ſich neben Japan, keinen Bundesgenossen,  
den natürlichen Rivalen Amerikas in Oſtasiens.

Unterdeſſen geht das Wettrennen um Flottenbau weiter.  
Die „Times“ berichten über die ſpezifischen Angaben des  
amerikaniſchen Marineministers Daniels, wonach die britiſche  
Kriegsflotte 166532 Tonnen, die amerikaniſche aber  
1716252 Tonnen ſei, und die Anzahl der Schiffe bei  
beiden Flotten ungefähr dieſelbe ſei. In Wirklichkeit werde  
die amerikaniſche Flotte ſchon 1924 der engliſchen weit über-  
legen ſein, da ſie 12 Schlachtschiffe vom modernſten Typus  
beſitzen werde, die britiſche jedoch ſehr wenige. Seit Monaten  
beſchäftigt ſich darum die engliſche imperiaलिſtiſche Preſſe mit  
der Frage, ob England ſich auf den Bau von Großkampfschiffen  
ſchränken ſoll, und eine Kommiſſion von Fachleuten  
ſtudiert dieſe Frage. Da es als außerſtatt erſcheint, die  
amerikaniſche Flotte auf dieſem Gebiet einzuholen, ſo nach  
dem „Daily Chronicle“ ein Großkampfschiff vom modernſten  
Typus 14—15 Millionen Pfund koſten würde, und aus-  
nach ausreißende Docks und Häfen für ſolche Schiffe ge-  
baut werden müßten, dürfte die Entſcheidung gegen den Bau von  
Großkampfschiffen ausfallen. Höchstwahrscheinlich wird dann  
die engliſche Marine durch den Ausbau der Unterſeebohrflotte  
ſich die Waſſer zu ſchaffen ſuchen, die den amerikaniſchen Groß-  
kampfschiffen beikommen ſoll. Darüber ſchweigt der „Daily  
Chronicle“ ſich aus.

Um über den Stand der amerikaniſchen Flottenentwürfen  
genauer zu erfahren und die gegenüber den Vereinten  
Staaten einzuſchlagende Politik feſtzulegen, hat die engliſche  
Regierung ihren Botſchafter in Washington, Sir Auckland  
Geddes, nach London berufen.

Der künftige amerikaniſche Präſident Harding wiederholt  
ſeinen Vorſchlag, internationale Abmachungen zur Einſchrän-  
kung des Flottenbaues zu treffen, Abmachungen, die England  
und Japan binden, Amerika aber geſparten ſollen, die erſte  
Seemacht der Welt zu werden.

Der Seereiseg zwischen Amerika und England mit Japan  
als Hauptpartnern, ſie nach der Niederlegung des deutſchen  
Imperialismus und der Vernichtung des ruſſiſchen durch die  
Revolution der herrſchende imperiaलिſtiſche Seegewalt geworden  
und unter einer neuen Weltkataſtrophe erliegen.

wir wollen oder nicht, in die Wege geleitet wird durch Mo-  
mente, welche die Allgemeinheit betrifft. Ich verweile nur  
auf die Bewegung der Eisenbahner und ihre Konzentrationen.  
Nicht möchte ich, daß ſie den Augenblick, wo wir hineinge-  
zogen werden in ſolche Aktionen, verpaſſen, wie wir es in den  
Tagen des März 1920 bei dem Kampfbußch erlebt haben.  
Die Arbeiterschaft darf nicht zurückſchrecken vor ſolchen Aktionen,  
wenn der Ruf an ſie ergeht, auf dem Poſten zu ſein. Da  
daß es kein Zögern geben, ſondern klar zum Geſicht, und  
aus dieſem Grunde heraus ſollten wir endlich zu der geſunden  
Auffaſſung gelangen, ſelbſt wenn untere Meinung auseinander-  
geht, beſonders in der Frage der Taktik, daß wir im Ziele  
zur Erringung des Sozialismus und zur Erringung der poli-  
tiſchen Macht uns einig ſind und ſein müſſen. Keine künst-  
lichen Buſſche, ſondern vorbereitete Aktionen, auch ſolche, die  
uns auferlegt werden durch die Reaktion, müſſen von uns  
zielbewußt durchgeführt werden.

Nach langer Diſkuſſion wurde mit allen Stimmen der  
S. P. D. und U. S. P. D.-Mitglieder nachſtehende Reſolution  
einſtimmig angenommen:

Die am 16. Januar 1921 in Königsberg tagende Konferenz  
der Gewerkschaften ſprengt an, daß die beſtändigen, noch  
mehr die wirtſchaftlichen Verhältniſſe zu einer entſcheidenden Aus-  
einandersetzung zwischen Arbeit und Kapital unausweichlich ſind.  
Es iſt daher Pflicht der Gewerkschaften, alle Vorbereitungen zu treffen,  
um auf den Entſcheid, der nicht umgangen werden kann, gerüstet  
zu ſein. Einigkeit und Geſamtheit aller Kräfte und Einigkeit  
und die Abſchließung, die allein den Erfolg in dieſem Kampf  
verſichern.

## Das Gewerkschaftskartell Weimar.

In einer Gewerkschaftskartelltagung in Weimar brachte  
Genoffe Herz den Offenen Brief der S. P. D. zur Sprache.  
Herz verlas den Brief und verlangte namentliche Abſtimmung.  
Dieſe ergab 31 Stimmen für und 24 Stimmen gegen die  
Annahme der Forderungen der U. S. P. D.

## Internationales.

### Das Reſultat der ſchweizeriſchen Urabſtimmung.

Die Urabſtimmung in der ſchweizeriſchen ſozialdemokrati-  
ſchen Partei hat 3503 Stimmen für und 10303 Stimmen  
gegen den Anſchluß an die kommuniſtiſche Internationale  
ergeben. Die „Freiheit“ äußert daran den Kommentar,  
daß ihre Vorausſetzung, daß die große Mehrheit der  
ſchweizeriſchen Partei dem Verium des Parteitag zuſtimmen  
werde, eingetroffen ſei.

Dieſe Vorausſetzung iſt nun freilich nicht eingetroffen.  
Denn die für den Berner Beſchluß abgegebenen 10303  
Stimmen ſind nur eine Minderheit, nicht einmal ein Viertel  
der Gesamtpartei, die über 50000 Mitglieder zählt. Infolge  
der außerordentlich ſchwachen Beteiligung beſagt die Urabſtimmung  
über das Verhältnis zwischen der Rechten und der  
Linken überhaupt nichts.

Daß die Beteiligung ſo ſchwach war, dürfte nicht an  
den kommuniſtiſchen „Swaltern“ liegen, ſondern an der  
Rechten, die nach bekannten Vorbildern begrifflicherweiſe  
alles tat, um die Diſkuſſion zu verwirren und vom poli-  
tiſchen auf das organiſatoriſche Gebiet zu verſchieben, ſchließlich  
auch daran, daß für die ſchweizeriſche Arbeiterschaft die  
Diſkuſſion über die Internationale noch nicht von dem  
brennenden praktiſchen Intereſſe iſt, wie ſie es für die  
deutſchen Arbeiter war.

In Baſel hat die Urabſtimmung eine kommuniſtiſche  
Mehrheit ergeben. In Zürich ſind die Kommuniſten durch  
das Abſchwenken von Nolis zunächſt in die Minderheit ver-  
ſetzt worden, und es ſcheint, daß ſie dort den Parteiparat  
verlieren werden.

Die „Freiheit“ mag ſich freuen, in der ſchweizeriſchen  
Partei eine Mehrheit für die Hilferding-Internationale zu  
finden, in die ſie die wachſenden Schredemänner Kreulich,  
Blüger, Müller und Konſorten mit hineinbekommt. Daß  
dieſe Mehrheit nicht von langer Dauer ſein wird, daß auch  
das ſchweizeriſche Proletariat ſich in die Armee des kämpfenden  
Weltproletariats eingliedern wird, dafür bürgt die Welt-  
wirtschafskriſe, die auch vor der vom ſtrike verſicherten  
Schweiz nicht halt macht, und auch in der Schweiz der  
Kampf um die Erhebung der Arbeiterklasse zum revolutionären  
Kampf um ihre Macht machen wird.

## Aus der Provinz.

### Waldenburg.

Am Donnerstag ſendeten im Waldenburger Kreiſe der  
Verſammlungen ſtatt. Mit dem Thema: „In ſich er Starke,  
die Einigung des Proletariats zum Kampf“. Auf die Ein-  
ladung, die von den Waldenburger Genoffen an die S. P. D.-  
Kührer ergangen war, haben es legiere vorgezogen, in ihrer  
Preſſe mit dem Ausſchütten ihrer ſiets aufgeſtellten Mißfüh-  
lungen zu antworten. Man macht uns zum Vorwurf, Spizel aus  
unſerer Partei entfernen zu müſſen. Wir haben kein Intereſſe  
daran, darüber uns mit Demagogen auseinander zu ſetzen,  
werden aber der Arbeiterschaft einmal die Frage vorlegen,  
welche Partei ſie mehr als ihre Vertreterin betrachtet, die  
Partei, die die Spizel, die ſozialdemokratiſche Regierungsm-  
änner hineingeſandt haben, hinauswirft und ſie vor der  
Deſſentlichkeit brandmarkt, oder die Partei, die die Spizel in  
unſere Partei hineinläßt.

### Was wird gemacht?

Aus Waldenburg wird uns geſchrieben, daß in letzter  
Zeit ein großer Teil von Briefen in geöffnetem Zuſtande an  
die Adreſſalen gelangten. So auch zwei vom 13. Januar d. J.  
Wir erwarten von der Oberpoſtdirektion, daß man uns um-  
gehend den Namen des Briefſchreibers mitteilt, damit man ihn  
wegen Verletzung des Briefſchreibungsgeſetzes gerichtlich belang-  
ſanna. Eventuell wir uns genötigt ſehen, die Oberpoſtdirektion  
daſſer verantwortlich zu machen.



**Die Waldenburger Orgeschführer wieder aus der Haft entlassen.**

Was wir anlässlich der Orgesch-Entlassungen der „Bergwacht“ immer gesagt haben: dem Orgeschgeißel wird nichts geschehen. Nur die erregte Arbeiterbewegung wird die Staatsanwaltschaft einige Tage ellihe dieser Leute verhaften und in einigen Tagen wieder frei lassen. Wie die „Bergwacht“ meldet, ist dies eingetroffen. Von den sechs Verhafteten, die im Rittchen nicht schlicht gelebt haben, werden keine im Zuchthaus und Gefängnis sitzen. Es war nur Theaterdonner und Wahlmache. In der Nummer 15 schreibt sie, nachdem sie mitteilt, daß fünf wieder entlassen sind: Im Interesse einer gründlichen Nachprüfung und damit einer strengen Bestrafung liegt es aber nicht, daß so etwas geschieht. Im übrigen, glaubt denn die „Bergwacht“, daß es die Staatsanwaltschaft mit einer gründlichen Nachprüfung ernst meinen würde? Im Gegenteil, man versucht stets derartigen Elementen von rechts ein Hintertürchen zu schaffen. Beweis ist der Fall Runge aber wenn es gilt, kommunistische Arbeiter, die durch Spindelarbeit vor den Staatsanwalt gebracht werden, abzuurteilen, da jagert die Justiz keinen Tag mit der Aburteilung. Das sehen wir wieder aus den Presseberichten, in denen großes Aufsehen gemacht wird über Entdeckungen von kommunistischen Kampforganisationen, die nichts weiter als von Spiegeln erfundene Redungen sind. Ohne aber dieses zu prüfen, sibi man bereits über die verhafteten Genossen, die die Führer einer solchen Organisation sein sollen, zu Gericht.

Breslau, den 21. Januar 1921.

An  
Herrn Parteisekretär Kleinert  
Ganb.

Sie haben die Dreifügigkeit befehlen, in der am Donnerstag, den 20. Januar, in Reitenhof stattgefundenen Versammlung die Behauptung aufzustellen, ich hätte 1918 die Arbeiter benannt, weil sie streikten.

Wenn Sie noch Anspruch darauf machen wollen, als anständiger Mensch angesehen zu werden, so fordere ich Sie auf, diese unverschämte Behauptung entweder sofort zurückzunehmen oder aber sie zu beweisen.

Es gehört allerhand Frechheit dazu, das zu behaupten, was es in Breslau allgemein bekannt ist, daß ich bis zum Oktober 1918 Soldat war und vom Militär aus zu den Zimmermannswerken in Chemnitz entlassen wurde, von denen ich wegen „revolutionärer Umtriebe“, wie man das damals nannte, schon am 7. November desselben Jahres an die frische Luft gesetzt wurde. Nach Breslau kam ich erst Ende November 1918.

Desgleichen haben Sie erneut erklärt, daß ich früher dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verein angehört hätte. Ich habe schon zehnmal in der Presse und in Versammlungen dies für eine unverschämte Lüge erklärt — auch Ihnen gegenüber.

Solange Sie diese Behauptungen nicht zurückgenommen haben, erkläre ich Sie für einen gemeingefährlichen Verleumder und Schuft. Ich nehme an, daß Sie mich wegen dieser Beleidigung, die ein anständiger Mensch nicht auf sich sitzen lassen kann, verklagen werden. Die gerichtliche Verhandlung wird dann die nötige Aufklärung bringen.

Max Gruschwitz.

**Achtung Unterbezirk Freiburg!**

(Dazu gehören die politischen Kreise Schweidnitz, Striegau, Jauer und Wollenhain.)

Sonntag, den 30. Januar 1921, in Freiburg, im Gasthof zum Buchwalde, vorm 11 Uhr, Unterbezirks-Konferenz. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Landtagswahlen. Vorschlagslisten zu den Kreistagen müssen bis zum 30. Januar 1921 schon eingereicht sein.

Alle Genossen, welche auf dem Boden der 3. Internationale stehen und in oben genannten Kreisen wohnen, wo keine Ortsgruppe der R. K. P. D. ist, haben bis 30. Januar ihre Adresse an Unterzeichneten einzureichen.

J. K. E. Riedel, Polznitz 8. bei Freiburg i. Schlesi.

**An die Ortsgruppen!**

Der Tagesmottokalender der R. K. P. D. ist erschienen. Preis 4 Mt. Bestellungen sind sofort aufzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme.

Unsere Arbeit in den Gewerkschaften ist in ein akutes Stadium eingetreten. Es ist darum äußerst notwendig, daß die Genossen den „kommunistischen Gewerkschaftler“ lesen. Die Nr. 2 ist soeben erschienen. Wir bitten um sofortige Mittelung, wieviel Abonnementsexemplare benötigt werden (vierteljährlich 4 Mt.) und wieviel für den Einzelverkauf gekauft werden.

Alle Anfragen und Bestellungen über Literatur gehen an die „Kommunistische Bucherei“, Breslau 5, Gräbchenstr. 45. Bezirksverbandsleitung der R. K. P. D., Schlesien.

**Ortsgruppe Munsdorf i. Riesengebirge.**

Am Sonntag, den 16. Januar 1921, fand die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Nach Erstattung des Rassenberichtes durch den Kassierer wurde diesem Entlassung erteilt. Den Bericht über die Bezirks- und Kreis-Konferenz erteilte Genosse Josef. Dann schritt man zur Neuwahl der Ortsgruppenleitung. Gewählt wurden folgende Genossen: 1. Vorsitzender Joch, 2. Rahl, 1. Kassierer Oswald Stief, Unterassistent Hertel und Breitfeld, 1. Schriftführer Paul Reigenstein, 2. Franz Meier, Revisoren Ernst Rahl und Gutschera. Außer einigen Fragen und Anträgen, die erledigt wurden, übten die Genossen starke Kritik, daß eine Straßenbeleuchtung nicht vorhanden ist. Sie als Steuerzahler verlangen von den maßgebenden Institutionen, daß diese dafür endlich einmal Sorge tragen. Mit einem Appell an die Genossen, stets die Mitgliederversammlungen zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Lokales.**

Breslau, den 25. Januar 1921.

**Bravo! Bauarbeiter Breslaus!**

Eine gestern morgen stattgefundene Versammlung der gewerkschaftlich organisierten arbeitslosen Bauarbeiter hat sich einstimmig auf den Boden der Forderungen des Offenen Briefes gestellt.

**Die S. P. D. auf dem Banernfang!**

Am Donnerstag, den 20. Januar, hatte die S. P. D. den Reigen des Wahlkampfes mit sechs Versammlungen eröffnet. Und da für eine demokratisch sein wollende Partei, wie die S. P. D., die Wahlen das A und O alles Denkens und Handelns sind, fühlte man sich ganz in seinem Element. Man täte den erschienenen Proletariaten immer wieder die alte Lüge auf, daß es das Proletariat am 20. Februar durch den Stimmzettel in der Hand habe, zu bestimmen, wie die Wirtschaft in der kommenden Zeit sich gestalten solle. Man feierte die Gedanken des Proletariats von neuem in der Illusion, daß es durch Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels die Ueberführung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft erreichen könne. Und man konnte sich nicht genug tun, mit den „Erzungen“ der Revolution und den „Leistungen“ der sozialdemokratischen Minister. In schönem Genuß beugelte man revolutionären Geist, malte den Massen ein sozialistisches Schlaraffenland vor die Augen und schloß, man lache nicht, mit einem Hoch auf die Internationale — Sozialdemokratie.

Anwehende Genossen der R. K. P. D. traten den S. P. D.-Gesandten mit den klaren Forderungen, wie sie durch die augenblickliche Lage des Proletariats bedingt sind, entgegen. Sie bekehrten in scharfer Argumentation, wie die S. P. D.-Führer ihre Hand dazu gegeben haben, die Erzungen der Revolution des 9. November abzubauen, daß ihre ganze Politik es gewesen ist, die immer und immer wieder versuchte, die Revolution abzuwenden.

Von den edlen Rängen der S. P. D. wurde alles versucht, unsere Genossen an ihren Ausführungen zu hindern (Meinungs- und politische Freiheit) und man schützte die übertriebenden Käbel der Demagogie und Verleumdung über sie aus.

**Wahlaustrich für den Wahlkreis Breslau-Stadt bei den Wahlen zum schlesischen Provinzial-Landtage.**

Der vom Provinzialauschuss ernannte Wahlkommissar des Wahlkreises Breslau-Stadt für die Wahlen zum schlesischen Provinzial-Landtage, Stadtrat Friedrich, hat zu Beisitzern des gemäß § 5 der Wahlordnung zu bildenden Wahlaustriches berufen die Herren: Leiter des Arbeitsschutzes Hermann Müde, Landesdirektor Adolf Schiedel, Direktor Paul Stecher und Ingenieur Ferdinand Werner; zu Stellvertretern die Herren: Justizrat Dr. Kurt Steinig, Büroangestellter Hermann Ammon, Fabrik-Angestellter Ludwig Sireubel und Frau Justizrat Anna Pellerode. Zum Stellvertreter des Wahlkommissars ist vom Provinzialauschuss Magistrate-Schreiber Dr. Krumreich ernannt worden.

**Parteiengonossen! Genossen!**

Alle Bezirks-Abende finden diese Woche nicht Freitags, sondern Mittwoch, den 26. Januar, abends 7 Uhr, statt.

**Mitglieder des Reichsbundes der Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, seht euch eure Führer an.**

Der Bericht der „Volkswacht“ vom 19. Januar enthält eine so grobe Verdröpfung des wahren Sachverhalts, daß eine Berücksichtigung notwendig ist. Dem Kamerad Slope wurde nicht, wie es fälschlich in der „Volkswacht“ steht, vorgeworfen, Spitzelgelder angenommen zu haben, sondern daß er den Antrag des Reichsbundes an die Stadtverordnetenversammlung in derselben unter den Tisch fallen ließ. Er, einer Führer, hat also demütigt einen Beschluß von euch sabotiert. Merkt euch das und handelt danach.

**Achtung! Schuhmacher!**

Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Schuhmacher werden gebeten, am 25. Januar (Dienstag), abends 7 Uhr, im Restaurant Stadt Silberberg, Ecke Steinauer- und Aderbissenstraße zu einer sehr wichtigen Besprechung zu erscheinen.

Referent ist anwesend.

Der Einberufer.

**Gewerkschaftliches.**

**Der Kampf um das Gewerkschaftshaus.**

Gleiches Recht für alle.

Eine feine Sache und der oberste und heiligste Grundsatz der S. P. D.-Führer. Das revolutionäre Proletariat Breslaus aber muß einen zähen Kampf führen um Anerkennung des gleichen Rechtes. Nicht aber etwa gegen die Reaktion, die bürgerliche Gesellschaft, sondern gegen eine verätherische Gewerkschaftsbürokratie, die sich einbildet, denen die Rechte vorzuenthalten zu können, die die Grundsätze der sozialen Revolution hochgehalten haben und nicht zu Handlungen des Wiederaufbaues des kapitalistischen Deutschlands herabzinken sind. Und ganz rücksichtslos wird vorgegangen gegen alles, was nicht nach S. P. D.-Sozialverrat riecht. So wollte die hiesige Ortsgruppe der U. S. P. D. eine Versammlung im Gewerkschaftshaus veranstalten, dafür wurden 200 Mt. verlangt. Wenn also eine politische Partei, deren Mitglieder in den Gewerkschaften den Unterhalt des Gewerkschaftshauses mittragen, eine Versammlung im „eigenen“ Heim veranstalten will, dann heißt es von den Autokraten der S. P. D., zahle, sonst sind die Türen geschlossen. Die „anerkannte“ Partei, die es ablehnt, eine revolutionäre zu sein, und auch nicht ist, nimmt für sich aber alle Räume in Anspruch. Noch „gleichberechtigter“ verfährt man den bösen Kommunisten gegenüber. Erklärte doch Herr Rasch, der Verwalter des Gewerkschaftshauses, solange er Leiter sei, käme kein Kommunist in das Gewerkschaftshaus.

Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen von Breslau, so springt man mit Eurem Rechte um. Eine handvoll Leute maßt sich an, Euch ein Haus zu verschließen, was Euer Eigen ist. Duldet das nicht. Ihr habt nicht nur die Pflicht, Eure Gelder zu zahlen, sondern auch die Pflicht, darüber zu wachen, daß Ihr daran Rechte habt. Und wenn sie Euch, nur weil Ihr den Verrat an der Revolution nicht gutheißt, und nicht mitmachen wollt, diese Rechte vorzuenthalten, dann fordert sie.

Fordert in Euren Gewerkschaften, daß alle n proletarischen Organisationen die Räume des Gewerkschaftshauses zur Verfügung gestellt werden, macht die Weiterbewilligung Eurer Mittel davon abhängig, daß keine Ausnahme geschieht und gebt die Mittel zum Erweiterungsbau des Gewerkschaftshauses nicht eher, bis die unbedingte Zusage gegeben ist, daß solches geschieht. Fordert die Zurückverufung einer Verwaltung, die Euch wie Ausjähige behandelt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reibert: für Inserate: Liebschawager & Meyer.

Druck: Buchdruckerei Böhler & Danigel, sämtlich in Breslau.

**Genossen! Besucht die Distrikts-Abende.**

**Sehet die Wählerlisten ein!**

Die Wählerlisten liegen von Sonntag, den 23. bis einschließlich Sonntag, den 30. Januar, von vormittags 10 Uhr bis abends 7 Uhr, in den Räumen der Lessing-Turnhalle, Lessingplatz 1/2, öffentlich aus.

**Stadtheater.**  
Dienstag 7 Uhr:  
Hans Sile  
Mittwoch 7 Uhr:  
Königskinder.

**Johr-Theater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Zosernsheim.

**Chalis-Theater.**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Die Wildente.

**Schauspielhaus.**  
Opernhaus. 11. u. 15. 15.  
Dienstag, Donnerstag,  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Der letzte Walzer.  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Der tolle Anglikan.  
Donnerstag u. Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die Kasse Major.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der Fackelträger.

**Liebsch-Theater**  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
Der große Erfolg des  
Januar-Programms.

**Matthias-Kino.**  
Katharinenstr. 33  
und Mollatstr. 9.

Nur 3 Tage  
**Oberst Chabert**  
der  
**Totgeglaubte**  
5 Akte.  
Premier:

**Sein letzter Trick**  
Detektivroman  
4 Akte  
Danz:

**Paul Heidemann**  
Die  
**verflixten Küsse**  
Lustspiel  
3 Akte.

**Ich kaufe**  
alle  
**Militär-**  
**Bekleidungsstücke**  
und  
Herrengarderobe  
neu und gebraucht  
**Max Hadamek**  
Brandenburgerstr. 9, III.

**Geschlechts-**  
krankheiten jeder Art (Häma-  
togenen, Syphilis, Gonorrhoe,  
Blasenentzündung, Harnröhren-  
entzündung, etc.) werden  
sicher und wirksam durch  
Dr. med. Dr. med. Dr. med. Dr. med.  
H. Hadamek, Berlin S. 26  
Potsdamerstr. 122/123, 5. Stock,  
10-11 Uhr, 1-4, 7-10, 11-12  
Uhr, behandelt. Besondere  
Sorgfalt und besondere  
Beachtung werden den  
Dankbaren Patienten  
gewährt. Keine Kosten!  
Konsultation gratis. (Sonder-  
abgabe) gegen 1.- Mt. (Einmal  
in 14 Tagen, 2. Mal ohne Ab-  
gabe). Letztes garantiert.

**Inventurverkauf**  
in  
**Pelz-**  
Caffee  
Häfen  
Häfen  
Kragen  
für Herren

zu  
tief herabgesetzten  
Preisen  
ohne Rücksicht  
auf den Einkauf.

**Breslauer Pelz-  
und Hut-Bazar**  
Kasse Grapowstr. 8  
und  
Friedr.-Wilh.-Str. 12  
(Wachplatz).

**Kranke**  
Harnröhren-, Haut- und Ge-  
schlechtskrankheiten behandelt  
mit Erfolg. Viele freiwillige  
Anerkennungen von ausge-  
heilten Patienten.  
Kliniker Franz Joschke,  
Palmerstr. 12, II. Tel. 616, 11. 12.  
9-1, 3-7, Sonntags 8-12.

**HAARNISSE**  
Kopfgänger — Hut — Kopf-Nisse  
kostenlos garantiert in 2 Stunden restlos  
**NISSKA** D.R.G.M. 706235 **Der Wunderkamm**

Verlangen Sie kostenlos Aufklärungsschrift  
in Drogerien und einschlägigen Ge-  
schäften oder vom Allein-Hersteller

**FR. B. MÜCKENHAUPT**  
**NÜRNBERG B. 4.**

**Einfache Möbel**  
nach künstlerischen Entwürfen zu zeit-  
gemäß billigen Preisen gegen bar  
oder erleichterte Zahlungsweise =

**Albrechtstrasse Nr. 39**  
Eingang Albrechtstr., 2. Stock

**Abgespielte Grammophon-**  
Platten sowie Bruch kaufen wieder zu  
höheren Preisen, ebenso gebrauchte Lesern  
und Spieluhren.

**Carl Sackur, Ring 54.**

Neu! Der Neu!  
**neue zusammenlegbare Handwagen**

**Viktorias,**  
sämtliche  
Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte  
billigst bei  
**Alfred Wolf**  
Alsenstr. 50 Ecke Leuthenstr.

Inserate haben in der „Sachverständigen“  
Nr. 349. größten Erfolg